

in Wehingen, r in Nagold, 8 J. 53 J. tschel, 41 J. tmann. Schneider geb. Seiten ten- und

Seiten ten- und

eine schwache der Hochbrud, doch zu verwarren.

ILLEN

mit den gebieten ransisco de : egenheiten pfern des BREMEN eilt:

Marktstr. 204 rger Königsstr. 15.

bestimmt Donners- ges, spä- Uhr auf- schafter".

g

37

ngungen

el. 33.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
Einzelnummer 10 J
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J, Familien-Anzeigen 12 J, Reklame-Seite 45 J, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 161

Gegründet 1827

Donnerstag, den 14. Juli 1927

Preisprophet Nr. 29

101. Jahrgang

Englische Erklärungen

Keine Geheimdiplomatie — Die Rheinlandräumung ungenügend

Im englischen Unterhaus sprach Außenminister Chamberlain über die englische auswärtige Politik. Er gab dabei verschiedene wertvolle Aufschlüsse. An erster Stelle steht die Erklärung Chamberlains, die jetzige Regierung gedenke an dem Grundgesetz festzuhalten, daß sie keine Verträge eingehe, ohne sie dem Parlament mitgeteilt und seine Zustimmung erlangt zu haben. Hoffentlich ist diese Zustimmung sowohl dem Buchstaben wie dem Geist nach gemeint; die Erinnerung an die Verpflichtungen, die der frühere liberale Premierminister Grey seinerzeit Frankreich gegenüber heimlich und hinter dem Rücken des englischen Parlaments eingegangen war und die wesentlich zum Ausbruch des Weltkriegs beigetragen haben, die heutigen Staatsmänner vor einer ähnlichen unaufrichtigen und zweideutigen Politik bewahrt. Es ist bekannt, daß das englische Parlament und Volk dem Krieg gegen Deutschland 1914 durchaus abgeneigt war, aber Grey hatte schon längst den Kabinetten Frankreichs und Russlands die geheime Zusicherung gegeben, daß England in dem schon seit Jahren vorbereiteten und verabredeten Krieg auf ihrer Seite stehen werde. Freilich hat Chamberlain und das heutige englische Kabinett eine starke konservative Mehrheit hinter sich, und er muß nicht befürchten, daß das Parlament die Regierungspolitik von vornherein ablehnen würde, wie Grey es befürchten mußte. Nur mit Hilfe der wohl vorbereiteten, gewissenlosen Kriegsverbrecher und den Kriegslügen des im Sold der damaligen Regierung stehenden Northcliffe ist es ja dann, wie in Amerika, gelungen, im Volk eine Kriegsstimmung zu erzeugen. Das Parlament sah sich aber vor eine fertige Tatsache gestellt.

Da die Erklärung Chamberlains eine Entgegnung auf eine Rede des Sozialisten Bonsonby war, worin dieser auf ein englisch-italienisches Bündnis angesetzt hatte, so müssen die Worte Chamberlains wohl hauptsächlich auf Italien bezogen werden und als Ableugnung eines derartigen Bündnisses gelten. Ob die Kreise der Opposition, in denen der Verdacht, daß ein solches Bündnis bestehe, ziemlich stark ist, sich nunmehr beruhigen werden, muß abgewartet werden. Wird doch gleichzeitig durch eine halbamtliche Meldung der „Times“ bekannt, daß England und Italien beabsichtigen, sich in der Tangerefrage gemeinsam an den französisch-spanischen Konferenzen zu beteiligen. Bewahrheitet sich die Meldung, so ist sie nicht nur ein neuer Beweis der englisch-italienischen Zusammenarbeit, sondern auch ein erheblicher diplomatischer Erfolg Spaniens. Wenn man sich erinnert, daß Spanien im vorigen Jahr dem Völkerbund den Rücken gekehrt hat, so liegt es nahe, etwaige Gegenleistungen Spaniens für die englische Hilfe auf diesem Gebiet zu vermuten.

Von nicht geringerer Wert war eine weitere Erklärung Chamberlains, daß er niemals die Herstellung einer russenfeindlichen Front unter den europäischen Mächten beabsichtigt habe. Chamberlain ging sogar so weit, zu versichern, daß er den andern Staaten empfohlen habe, ihre Beziehungen zu Rußland zu verbessern. Wenn auch kein Grund vorliegt, an der Richtigkeit dieser Versicherung zu zweifeln, soweit sie Chamberlain persönlich betrifft, der von dem Gedanken des europäischen Friedens zweifellos stark beherrscht wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß es andersartige Strömungen in der britischen Regierung gegeben hat und wohl auch noch gibt, die in dem englisch-russischen Gegensatz nicht diese großzügige Haltung gegenüber den Nachbarstaaten einnehmen.

Für Deutschland ist in der Rede Chamberlains von besonderem Interesse eine Wendung, worin er einen Versuch bei Stresemann in Berlin in Aussicht stellt. Man darf diese Ankündigung um so mehr willkommen heißen als tatsächlich, wie auch Chamberlain sagte, derartige Besuche am besten geeignet sind, die mancherlei Schwierigkeiten und Mißverständnisse zu beseitigen, die im natürlichen Verlauf der Dinge zwischen allen Regierungen entstehen.

Mit Befriedigung kann man in Deutschland von Mitteilungen Kenntnis nehmen, die auch ein Unterstaatssekretär Loder-Lampson über die Rheinlandfrage machte und die sich von der dunklen Zweideutigkeit fernhielten, mit der eine andere kürzlich abgegebene Erklärung Lampsons über dieselbe Angelegenheit stark behaftet war. Er führte aus, die britische Regierung glaube nicht, daß die Erörterung der Frage jetzt nützlich wäre. Seit Dezember 1926 seien die Besatzungstruppen „beträchtlich“ vermindert worden. Die britische Regierung sei der Meinung, daß diese Verminderung tatsächlich nicht so weit durchgeführt worden sei, wie in der Entschliebung des Botschafterrats ins Auge gefaßt wurde. Die Regierung werde ihr Bestes tun um dafür zu sorgen, daß die baldige Erfüllung der Erwartungen, die durch die Entschliebungen des Botschafterrats geweckt wurden, zu standegebracht werde.

Man wird auf deutscher Seite zwar nicht mit Lampson der Meinung sein, daß bereits eine beträchtliche Verminderung der Besatzung zu verzeichnen sei, aber Loder-Lamp-

son schien doch, wenn seine Worte aufrichtig gemeint waren, versichern zu wollen, daß die britische Regierung die Verminderung als nicht genügend und der Entschliebung des Botschafterrats nicht entsprechend betrachte. Man kann daher nur wünschen, daß die Bemühungen der englischen Regierung zur Durchführung jener Entschliebung, die Lampson in Aussicht stellte, von baldigem Erfolge gekrönt werden.

Von Paris aus wird Belgien weiter gedrängt, sich der Räumung des Rheinlands zu widersetzen, bevor nicht die neuen großen Befestigungen Belgiens (und Frankreichs) an der deutschen Grenze fertiggestellt seien, was aber noch eine Reihe von Jahren dauern wird. Die Reichsregierung wird übrigens auf dem deutschen Recht bestehen. Der belgische Kriegsminister Broquere hat bis jetzt noch keine befriedigende Erklärung bezüglich seiner nichtsnutzigen Verleumdungen über die angeblichen geheimen deutschen Rüstungen abgegeben werden.

Schwierigkeiten in den Zollverhandlungen

Die französische Kabulistik

Das Gerücht von einer Unterzeichnung des vorläufigen deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens hat sich noch nicht bestätigt. Die deutschen Unterhändler bestehen darauf, daß das Abkommen für die Dauer eines Jahres abgeschlossen wird und sich auch auf Warengruppen erstreckt, die in den bisherigen Umwägungen unberücksichtigt geblieben sind. Besondere Schwierigkeiten machen die Franzosen bei der Zollbehandlung elektrotechnischer Erzeugnisse.

Die schweizerisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden für zwei Monate unterbrochen. Es bestehen noch große Meinungsverschiedenheiten.

Die französische Politik liebt es, bei ihren Verhandlungen mit anderen Staaten deren Wünsche und Forderungen auf „innerpolitische Schwierigkeiten“ der anderen Staaten zurückzuführen, während dies gerade auf Frankreich selbst zutrifft. So hat auch der französische Handelsminister Botanowski sich kürzlich scharf über die deutschen Unterhändler geäußert, die angeblich die Verhandlungen aus Furcht vor den Deutschnationalen zu verschleppen suchen, während gerade die kritische Lage im französischen Parlament die französischen Unterhändler mit Botanowski an der Spitze zu ihrer schroffen Haltung gegen die Deutschen veranlaßt, um dadurch beim Parlament für die Regierung Stimmung zu machen. (Poincaré hat inzwischen wieder über das Parlament geredet.) Die deutschen Unterhändler sind vollkommen im Recht, wenn sie eine einjährige Dauer des Abkommens verlangen, die Kurzfristigkeit hat sich allgemach zu einem Uebel ausgewachsen. Daß aber die französische Handelsvertragspolitik allen Leuten nachherade auf die Nerven geht, zeigt die Unterbrechung der schweizerisch-französischen Verhandlungen.

Neuestes vom Tage

Der bayerische Pressechef gegen das Zentrum

Berlin, 13. Juli. Reichstagsabg. Dr. Wirth veröffentlicht in einer Korrespondenz einen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß in der in Porto Alegre erscheinenden „Neue Deutsche Zeitung“ schwere Angriffe gegen das Zentrum zu finden seien. In diesen Artikeln sei ausgeführt worden, daß die Zentrumspartei schmutzige Hände bekommen habe. Dr. Wirth behauptet, der Verfasser dieser „Münchener Briefe“ sei der Pressechef der bayerischen Staatsregierung, Dr. Eiseler.

Italiens Werbung um Griechenland

Mailand, 13. Juli. Anlässlich der Anwesenheit der griechischen Minister Michalakopoulos und Kafantaris in Rom schreibt der „Corriere della Sera“, Griechenland würde von einem guten Einvernehmen mit Italien große Vorteile haben. Ein Balkanbund wäre nur als Schöpfung einer Großmacht zu deren eigenem Nutzen denkbar. Die Triebfeder dieser Großmacht (Frankreich) sei immer nur Eigennutz und Haß gegen eine andere Großmacht (Italien). Italien dagegen vertrete die Politik der Einzelabkommen mit den Balkanstaaten, und zwar zu friedlichen wirtschaftlichen Zwecken, ohne sie politisch zu mißbrauchen. Das Schreckgespenst eines Militärbündnisses zwischen Südslawien und der Türkei dürfe nicht in diesem Zusammenhang stehen.

Viermächtekonferenz über Tanger

London, 13. Juli. Die „Times“ stellt fest, daß die Pariser Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über Tanger festgefahren seien, weil die spanische Regierung an der Forderung festhalte, daß Spanien die Aufsicht

Tagespiegel

Das Reichskabinett hat am 13. Juli den Entwurf zum Reichshulgesetz einer zweiten Beratung unterzogen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, durch den die Reichsregierung ersucht wird, baldigst eine Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost zu veranlassen, die eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren zugunsten der Wenigprecher vorsieht.

Der Ferienauschuß des Sächsischen Landtags hielt heute Trauerfeier für die Opfer der Unwetterkatastrophe ab. Die Regierung beantragte Bewilligung von 10 Millionen Mark für die erste Hilfe.

Das amerikanische Rote Kreuz hat unter Beileidsbezeugung telegraphisch angefragt, ob seine Hilfe bei dem Ueberschwemmungslid in Sachsen erwünscht sei. Das deutsche Rote Kreuz hat im Benehmen mit der sächsischen Regierung aufs herzlichste gedankt.

Der Ueberschwemmungsschaden im Kreis Pirna wird nunmehr auf 90 bis 100 Millionen geschätzt. Spenden an Kleidungsstücken und haltbaren Lebensmitteln sind dringend erwünscht und an das sächsische Wohlfahrtsministerium, Dresden N 6, baldmöglichst zu senden.

Der Genosse Barmatz, Kufischer, ist in der Untersuchungsfrankenhaft in der Berliner Charité an Lungenembolie gestorben. Am folgenden Tag sollte das Urteil in seiner Strafsache gefällt werden.

Die spanische Regierung erklärt den Marokkofeldzug für beendet, nachdem der Tarrana-Gebirgszug und damit der Rest des Nigebiets besetzt sei und alle Kabylenfürher gefangen seien.

über die Polizei in der internationalen Niederlassung in Tanger ausübe. Es sei der Vorschlag gemacht worden, England und Italien zu den Verhandlungen zuzuziehen, und der Vorschlag dürfte wahrscheinlich angenommen werden.

Die Reichstagswahlen in Finnland

Kopenhagen, 13. Juli. Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Finnland ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhalten 61 Mandate (+ 1), die Agrarierpartei erzielte 52 (+8), die nationale Sammlungspartei 34 (-4), die Schwedische Volkspartei 24 (+1), die Kommunistische Partei 20 (+2), die nationale Fortschrittspartei 9 (-8). Das Wahlergebnis bedeutet eine Stärkung der sozialdemokratischen Regierung Tanner.

Die Dollaranleihe der Nanfanger Regierung

Schanghai, 13. Juli. Eine Rundgebung des Nanfanger Pressebureaus besagt, die 60-Millionen-Dollaranleihe sei notwendig, um den ungedeckten Teil der militärischen Ausgaben Tschanghaifürs bis Dezember zu bestreiten. Die Ausgaben werden auf 20 Millionen Dollar monatlich berechnet, während die Zolleinnahmen und Zigarettensteuer nur 10 Millionen monatlich einbringen. — Gegen diese Anleihe haben vor kurzem Vertreter der Mächte Einspruch erhoben, da die Salzsteuer, die den Zinsendienst gewährleisten soll, bereits für andere Verpflichtungen Chinas verwendet wird, man also Schädigungen ausländischer Wertpapierbesitzer befürchtet. Auch lagen die Engländer der Anleihe keinen Erfolg voraus, da die Jahresrenten auf der Salzsteuer nur 15 Millionen Dollar betragen.

Deutsche Kaufmannsjugend in Hamburg

Die Jugendabteilung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Berands, die heute rund 50 000 männliche Kaufmannslehrlinge in 15 Gauen umfaßt, versammelte sich am Samstag zur dritten Reichstagung in Hamburg. Das Wort zur Begrüßung und Eröffnung der Tagung nahm der Mitbegründer des D.H.B., A. Irwahn. Das Mitglied der Verwaltung des D.H.B., Reichstagsabg. Walter Lambach, hielt die Festrede. Die Rede stand unter dem Leitgedanken: Ueberlieferung und Entwicklung. Am Sonntag fand nach einem Festgottesdienst auf der Eulenburgwiese des Zoologischen Gartens eine Rundgebung von 10 000 Jungkaufleuten statt, in der, Verwaltungsvorsteher Bechlin über die Kaufmannsarbeit einst und heute sprach. Nach Bechlin wirkt sich das Ringen um eine neue Struktur des Staats und der Wirtschaft auch auf die Kaufmannsjugend aus. Es liege an ihr, ob Deutschland in 30 Jahren zugrunde geht oder einen Aufstieg erlebt. Der Aufstieg ist jedoch nur möglich auf der Grundlage einer Idee, die durch den Dienst am Volkstum und dem Willen zur Verantwortung getragen wird. Das Wirken des Kaufmanns weite den Blick und lasse Wagemut entstehen. Am Nachmittag fand im Tiergarten unter riesiger Beteiligung ein allgemeines Volksfest statt. Am Abend zogen die 10 000 Teilnehmer mit Fackeln zum Bismarckdenkmal als Zeichen ihrer Verehrung des Reichsgründers und ihres Willens, sein Werk nicht untergehen zu lassen. Der Montag galt der Fortsetzung der beruflichen Wettkämpfe. Am Nachmittag führten Stafettenläufe und Sonderzüge einen Teil der Teilnehmer nach Friedrichsruh, wo an Bismarcks Ruhesitze Max Habermann sprach.

